



Haiti unter Schulden begraben

Von Martin Ling

»Ein Land, das unter Schutt begraben ist, muss nicht noch unter Schulden begraben sein.« Dieser Aussage von Großbritannien Premier Gordon Brown in Bezug auf Haiti ist umstandslos beizupflichten. Doch Brown und Co. sind nur dann ernst zu nehmen, wenn sie neben dem bilateralen Schuldenerlass der G7-Staaten auch dafür sorgen, dass die multilateralen Kre-

ditgeber wie Internationaler Währungsfonds und Weltbank, in denen die G7-Staaten das Sagen haben, den selben Schritt vollziehen. Denn sie sind neben der Interamerikanischen Entwicklungsbank Haitis Hauptgläubiger. Noch am 20. Januar hatte der Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF), Dominique Strauss-Kahn, erklärt, der IWF werde sowohl seinen

neuen Katastrophenhilfskredit als auch seine bestehenden Forderungen von 165 Millionen US-Dollar in einen Zuschuss umwandeln, um Haiti nicht mit neuen Schulden zu belasten. Schon eine Woche später brach der IWF sein Wort: zinsfreier Kredit von 102 Millionen US-Dollar statt Zuschuss beschloss der Vorstand.

Fraglos ist die komplette Streichung von Haitis Auslandschulden eine notwendige, wiewohl nicht hinreichende Bedingung dafür, dass Haitis Zukunft besser aussieht als seine Vergangenheit. Hinreichend wäre, wenn die G7-Staaten ihre Märkte bedingungslos für Haiti öffneten und umgekehrt Haiti zu billigen, seinen Markt vor ausländischer Konkurrenz

bedingungslos zu schützen. Nur so könnte der Wiederaufbau der Landwirtschaft und von Industriesektoren gelingen, die Haiti einst vor der Zwangsliberalisierung in Form von IWF-Struktur Anpassungsprogrammen durchaus hatte. Der Beweis, dass die G7-Staaten künftig den Schuldenknüppel gegen Haiti nicht mehr schwingen, steht trotz Erlass noch aus.

Hilfe für Kubas Helfer

Havanna stockt seine medizinische Präsenz in Haiti auf und braucht dafür Unterstützung

Von Harald Neuber

Havanna hat fast 1000 Ärzte und medizinisches Personal in Haiti im Einsatz. Solidaritätsgruppen rufen zu Spenden für die Mission auf.

Auch vier Wochen nach dem verheerenden Erdbeben in Haiti kann Carlos Alberto García nicht ausrufen. Während Einsatzkräfte aus aller Welt ihre Nothilfe abgeschlossen haben, beginnt für den kubanischen Arzt ein weiterer wichtiger Teil seiner Arbeit. »Für uns geht die Notversorgung weiter, wenn auch auf andere Art«, sagt García, der Teil des Koordinierungsteams ist. Bislang stand die Erstversorgung der Verletzten im Vordergrund. Rund 50 000 Patienten wurden von den kubanischen Helfern versorgt, 3400 chirurgische Eingriffe durchgeführt. Bei knapp 1100 Patienten mussten nach Garcías Angaben Amputationen durchgeführt werden. Nun beginnt der Kampf gegen Folgekrankheiten, sagt García: Durchfall- und Atemerkkrankungen, Wundinfektionen, Parasitenbefall, Malaria und Typhus.

In mehreren Schritten hat die kubanische Regierung seit dem Beben am 12. Januar die medizinische Präsenz in Haiti aufgestockt. Nach Angaben der staatlichen Tageszeitung Gramma sind inzwischen 838 Ärzte und medizinische Helfer vor Ort, unter ihnen 380 haitianische Mediziner, die in Kuba ausgebildet wurden. Die sind in den drei Krankenhäusern der Hauptstadt Port-au-Prince tätig und haben zusätzlich vier Feldkrankenhäuser aufgebaut. Zusätzlich wurden neun Zentren zur Rehabilitation Verletzter aufgebaut – eine medizinische Innovation für das chronisch unterversorgte Haiti.

Zu dem zweiten Stadium der Behandlung gehört nach Garcías Angaben auch eine Impfkampagne. Knapp 20 000 Patienten – vor allem Kinder – wurden in den Notlagern auf den öffentlichen Plätzen



Kubanische Ärzte impfen im Nationalstadion von Port-au-Prince gegen Tetanus und Diphtherie.

Foto: AFP

gegen Tetanus immunisiert. Mit im Gepäck haben die kubanischen Ärzte auch Dreifachimpfungen gegen Diphtherie, Masern und Keuchhusten.

Organisationen der Solidaritätsbewegung in Deutschland und der Schweiz rufen angesichts der massiven Hilfskampagne aus Kuba ihrerseits zur Unterstützung der kubanischen Ärzte in Haiti auf. Mit den Spendengeldern soll die medizinische Hilfsbrigade Henry Reeve unterstützt werden, die zusätzlich zu den bereits in Haiti arbeitenden kubanischen Ärzten in das Erdbebengebiet entsandt wurde. Die Brigade ist auf Katastrophenhilfe spezialisiert.

Getragen wird die Spendenaktion unter anderem von der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, dem Verein Humanitäre Cubahilfe sowie dem Schweizer Verband mediCuba-Suisse. Nach Angaben der Vorsitzenden der Freund-

schaftsgesellschaft BRD-Kuba, Renate Fausten, sind in den ersten Tagen der Aktion bereits über 2500 Euro Spendengelder allein auf dieses deutsche Konto eingegangen. Zugleich soll durch die Spendenaktion die humanitäre Hilfe des sozialistischen Kubas Anerkennung finden. Havanna, so erklärt Fausten gegenüber ND, hatte schließlich bereits nach den Verwüstungen durch Hurrikans 1998 Ärzte nach Haiti entsandt.

Auch auf parlamentarischer Ebene soll die kubanische Hilfsmission unterstützt werden. Die Bundestagsabgeordnete der Linkspartei Heike Hänsel will die Regierung auffordern, ein altes Kooperationsangebot Kubas aufzugreifen. Nach den Hurrikanverwüstungen 1998 hatte der damalige kubanische Staats- und Regierungschef Fidel Castro die Industriestaaten zur Zusammenarbeit aufgerufen. Kuba werde Ärzte

nach Haiti entsenden, die Regierungen der Industriestaaten könnten Medikamente, Materialien und medizinische Apparatur beisteuern, schlug Fidel Castro damals vor – ohne je eine Antwort zu erhalten. Nun will Hänsel die Initiative wieder aufgreifen: »Wir werden noch vor dem Europa-Lateinamerika-Gipfel im Mai in Madrid einen parlamentarischen Antrag vorbereiten und vorschlagen, dass Deutschland eine solche Entwicklungspartnerschaft mit Kuba zugunsten von Haiti aufnimmt«, sagte die Abgeordnete. Schließlich sei die lange Tradition internationaler Solidarität durch Kuba »weltweit einmalig und verdient unsere Unterstützung«.

Spenden unter dem Stichwort »Ärztebrigade in Haiti«: Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., Postbank Köln, Konto 307 984 507 BLZ: 370 100 50

Ureinwohner wehren sich gegen Stahlwerk

Blockade der Bauarbeiten im indischen Orissa

Von Keya Acharya, Delhi (IPS)

Im ostindischen Bundesstaat Orissa wehren sich 4000 Familien gegen den geplanten Bau eines Stahlwerks auf einem 1200 Hektar großen Waldgrundstück.

Das umstrittene Investitionsprojektes ist bereits genehmigt. Das geplante Stahlwerk der Firma POSCO aus Korea soll eine Kapazität von zwölf Millionen Tonnen Stahl haben. Außer einem Hafen ist auch eine eigene Siedlung mit Infrastruktur für die Versorgung mit Wasser vorgesehen. Das Projekt soll 45 000 Jobs schaffen. Mit umgerechnet rund elf Milliarden US-Dollar ist POSCO schon jetzt der größte ausländische Investor in Indien.

Amtlichen Angaben zufolge befinden sich rund 175 Hektar des Landes, das an POSCO gehen soll, in Privatbesitz. Die dort lebenden, vorwiegend indigenen 471 Familien sind angehalten, ihr Land zu verlassen. Der restliche Wald gehört der Forstbehörde, wird von Ureinwohnern jedoch seit Generationen nachhaltig bewirtschaftet. Diese Menschen würden ihr traditionelles Waldnutzungsrecht verlieren.

Mangrovenschwund und Wassermangel

Hinzu kommt der hohe ökologische Preis, der mit dem Vorhaben verbunden ist. Mangrovenbäume in Küstenregionen und Flusslandschaften würden zerstört. Der konzerngegründete Hafen bedroht außerdem die Lebensgrundlage Hunderter von Meeresschildkröten, die jedes Jahr an der Küste von Orissa nisten. Die Millionen Liter an Wasser, die POSCO für sein Stahlwerk in Orissa benötigt, bedeuten Engpässe bei der Wasserversorgung der nächstgelegenen Stadt Cuttack sowie für die

Bewässerungssysteme in vier angrenzenden Distrikten. Darüber hinaus geht das Widerstandskomitee PPSS, dem hauptsächlich Indigene angehören, davon aus, dass die Lebensgrundlage von 33 000 Fischern bedroht wird. »Wir werden massiven Widerstand leisten«, sagte Prashant Paikare, Sprecher von PPSS. Seiner Ansicht nach steht zu befürchten, dass sich POSCO nicht an seinen Teil der Abmachung halten wird, die es mit der Regierung von Orissa getroffen hat. Dazu gehören Wiederaufforstungsmaßnahmen.

Nach Angaben einer Studie des »National Centre for Advocacy Studies« (NCAS) bringt das Vorhaben auch gesundheitliche Folgeschäden für die Bevölkerung mit sich. Darüber hinaus birgt die Arbeit in Stahlwerken Gesundheitsrisiken.

Vorzugsbedingungen für POSCO

Die Lokalregierung wird POSCO 600 Tonnen Eisenerz für die Hälfte des üblichen Marktpreises überlassen. Eisenerz ist die Grundlage für die Stahlproduktion. Darüber hinaus muss das Unternehmen keine Steuern abführen. Zuvor hatten Brasilien und China die Zusammenarbeit mit POSCO verweigert, weil die Firma nicht bereit war, Eisenerz zum Marktpreis einzukaufen.

Bis 1997 war Indien eher skeptisch gegenüber Bergbauprojekten eingestellt. Dann änderte die Regierung ihre Haltung, und seit 2006 sind Direktinvestitionen ausländischer Firmen ohne die Beteiligung von indischen Unternehmen erlaubt. Seitdem haben internationale Bergbauunternehmen wie »De Beers« und »Broken Hill Properties« Schürfgenehmigungen in den Bundesstaaten Orissa und Madhya Pradesh erhalten.

Venezuelas Aufbau kommunaler Räte

Dokumentarfilm über den spannenden Versuch, basisdemokratische Prinzipien mit Leben zu erfüllen

Von Tobias Lambert

Der Dokumentarfilm »Comuna im Aufbau« zeigt eindrücklich, dass die spannendsten Entwicklungen in Venezuela jenseits der Regierung stattfinden.

Nachbarinnen und Nachbarn organisieren sich, legen die Prioritäten im Viertel fest und verabschieden auf basisdemokratischen Versammlungen Projekte. Straßen werden saniert, Häuser ausgebaut oder alternative Vertriebsstrukturen für Agrarprodukte aufgebaut. Das Geld dafür kommt von der Regierung. Wie es verwendet wird, beschließen die BürgerInnen selbst.

Während medial meist das Klischee vom omnipräsenten und prinzipiell allein entscheidenden Hugo Chávez bedient wird, zeigen Dario Azzellini und Oliver Ressler in ihrem neuen Film »Comuna im Aufbau« eine gänzlich andere Entwicklung auf. Wie in den beiden Vorgängern »Venezuela von unten« (2004) und »5 Fabriken« (2006) fängt die Kamera hier nicht die Redekünste des Staatspräsidenten ein, sondern Worte, Stimmen und Hoffnungen der Basis

des bolivarianischen Prozesses.

Thema des Films sind die Kommunalen Räte, die im Rahmen der angestrebten »partizipativen und antagonistischen« Demokratie in Venezuela seit 2006 neben den bestehenden Institutionen gegründet werden. Mittlerweile haben sich weit über 30 000 Räte registrieren lassen. Statt Bürgermeister und Funktionären, die häufig nicht einmal die Viertel kennen, über deren Belange sie entscheiden, legen die Bewohner auf Versammlungen selbst ihre Bedürfnisse fest. Im Idealfall kooperieren die Räte untereinander. Mehrere Räte können sich zu einer Kommune, mehrere Kommunen zu einer Kommunalen Stadt zusammenschließen.

Der Film spürt diesen verschiedenen Ebenen in der Hauptstadt Caracas und dem ländlich geprägten Flächenstaat Barinas im Südwesten des Landes exemplarisch nach. Es zeigt sich, dass das Tempo der Entwicklungen überall unterschiedlich, die Probleme jedoch ähnliche sind. Im Mittelpunkt steht die Beziehung zum bürokratischen Staat und der Regierung, die gleichsam von Kooperation und Konflikt geprägt ist. »Auch wenn wir heute ganz sicher die offiziellen

Organe brauchen, müssen wir morgen auf Grund unserer Entwicklung unabhängig sein«, beschreibt ein Teilnehmer auf der Versammlung der Kommunalen Stadt in Barinas das ambivalente Verhältnis.

Dabei kommen in dem Film nicht einmal jene Funktionäre zu Wort, die ihren Einfluss durch die Kommunalen Räte bedroht sehen. Die staatlichen Angestellten, die auf Versammlungen sprechen sind meist jung und scheinen selbst gegen die Trägheit im Staatsapparat anzukämpfen. Praktisch nur als äußerer Gegner ist hingegen die Opposition präsent. Dabei stellt sich unwillkürlich die Frage nach den Partizipationsmöglichkeiten derer, die sich offen gegen die Regierung stellen. Auch wenn ein Versammlungsteilnehmer in dem Film betont, dass der Kommunale Rat allen offen stehe, bleiben Zweifel, ob Oppositionelle diese Form der Basisdemokratie überhaupt nutzen würden. Dabei könnte gerade diese konkrete Arbeit in der Nachbarschaft eine Brücke darstellen, um die Polarisierung zumindest ansatzweise zu verringern.

Azzellini und Ressler bieten mit »Comuna im Aufbau« einen au-

berst sehenswerten Einblick in die Erprobung partizipatorischer Praktiken, in denen die Möglichkeit einer demokratischeren Gesellschaft sichtbar wird. Das Beispiel der Kommunalen Räte zeigt, dass



Lorenzo Martini, Sprecher eines kommunalen Rates in Caracas. Foto: Azzellini

staatliche Funktionäre dabei zwar Unterstützung leisten können. Die Impulse gehen aber letztlich von der Basis aus.

Comuna im Aufbau, Ein Film von Dario Azzellini und Oliver Ressler, 94 Min., 2010, spanisch mit Untertiteln, www.azzellini.net, www.ressler.at, Termine: www.lichtblick-kino.org, Kastanienallee 77, 10435 Berlin

Action

HEUTE IN BERLIN – »Entwicklungsszenarios für Afrika: Reformierte Entwicklungshilfe« oder Abkoppelung vom System der Entwicklungshilfe?« Podiumsdiskussion über den Zusammenhang zwischen der Entwicklung des Weltmarktes und der Marginalisierung Afrikas; mit Botschafter a.D. Volker Seitz, Professor Elmar Altwater und Professor Rainer Tetzlaff. 18 Uhr, Hörsaal A des Otto-Suhr-Instituts der Freien Universität Berlin, Ihnestr. 21, 14195 Berlin-Dahlem (U-Bhf. Thielplatz).

FILM – »Unser Konsum und seine Auswirkungen – Filmreihe im BA-OBAB« Gezeigt wird der Film »A Force more Powerful«. Die Dokumentation handelt von der Macht des gewaltfreien Widerstandes. Der Film wird in Englisch gezeigt / 12. Februar, 20 Uhr, BA-OBAB-Infodaten Eine Welt e.V., Christburger Str. 38, 10407 Berlin.

ZUM LESEN – Lateinamerika Nachrichten 428, u. a. Berlinale: viele lateinamerikanische Filme in der Sektion Generation 14 plus; Lateinamerika: Radios Comunitarios auf dem Vormarsch, 4,50 Euro, Bezug: Lateinamerika Nachrichten, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, Tel.: (030) 694 61 00 www.lateinamerikanachrichten.de